

FINANZMINISTERIUM DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN  
DER MINISTER

Präsidentin  
des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
4000 Düsseldorf



4000 DÜSSELDORF 30. Dez. 1990  
JÄGERHOFSTRASSE 6

I D 5 - 0028 - 20 - 10

Betr.: Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen;  
hier: Einführungsbericht über den Einzelplan 20 - Allge-  
meine Finanzverwaltung - Haushaltsjahr 1991

Anlg.: 120 Mehrabdrucke

Hiermit übersende ich den Einführungsbericht über den Einzelplan 20 mit der Bitte, ihn an die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags weiterzuleiten.

Betr.: Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1991;  
hier: Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung -

I. Der Haushaltsplan der Allgemeinen Finanzverwaltung - Einzelplan 20 - enthält bestimmte Gruppen von Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, die mehrere Verwaltungszweige oder die Gesamtheit der Landesverwaltung berühren und demzufolge für eine institutionelle Zuordnung in den Einzelplänen nicht in Betracht kommen (s. § 13 Abs. 2 Satz 1 LHO).

Weil neben den Steuereinnahmen des Landes auch die zum Ausgleich des Gesamthaushalts notwendigen Einnahmen aus Krediten hier veranschlagt sind, trägt der Einzelplan 20 gleichzeitig dem Ausgleichsgebot des Artikels 81 Abs. 2 Satz 3 LV für den Gesamthaushalt Rechnung.

Da Einzelheiten zur formalen Gestaltung, über die Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte und über die allgemeine Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Vorwort des Einzelplans, im Finanzbericht und in der Haushaltsrede dargestellt wurden, konzentriert sich dieser Bericht zu den einzelnen Kapiteln des Einzelplans 20 auf wesentliche darüber hinausgehende Punkte.

II. Der Entwurf des Einzelplans 20 schließt mit einem Überschuß von 37,8 Mrd. DM (im Vorjahr 35,7 Mrd. DM) ab.

#### **Kapitel 20 010 - Steuern -**

Nach den regionalisierten Ergebnissen der Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 15./17. Mai 1990 werden für das Land Nordrhein-Westfalen für 1991 Steuereinnahmen in Höhe von 55.700,0 Mill. DM (brutto) erwartet. Gegenüber 1990 beträgt die Zuwachsrate rd. 8,2 v. H. oder 4.200,0 Mill. DM.

Durch das Gesetz zu dem Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde festgelegt, daß der Bund als Finanzierungsanteil der Länder ab 1991 aus dem Anteil der Länder an der Umsatzsteuer zusätzlich einen Betrag in Höhe von 50 v. H. der Bundeszuschüsse an den Fonds "Deutsche Einheit" erhält. Dieser Beitrag der Länder zur Finanzierung des Fonds wird in Monatsbeträgen vorläufig berechnet und mit den Einfuhrumsatzsteuerzahlungen des Bundes entsprechend verrechnet.

Der Finanzierungsanteil des Landes Nordrhein-Westfalen beläuft sich für 1991 auf 271,0 Mill. DM. Er wird bei dem neuen Titel 016 20 als negativer Einnahmeansatz veranschlagt.

Die Gemeinden beteiligen sich an den Aufwendungen für den Fonds "Deutsche Einheit" in Höhe von 44 v. H. der vom Land zu erbringenden Leistungen. Sie entrichten ihren Anteil zum einen als Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage in Höhe von 61,5 Mill. DM (Kapitel 20 010 Titel 017 20) und zum anderen aus den ihnen im Rahmen des allgemeinen Steuerverbundes zustehenden Schlüsselzuweisungen (siehe Kapitel 20 030 Titel 613 15 = 60,0 Mill. DM).

Das Steuerkapitel schließt danach für 1991 mit Einnahmen in Höhe von 55.490,5 Mill. DM ab. Mit den Steuereinnahmen können rd. 77,2 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben in Höhe von 71.841,4 Mill. DM finanziert werden (Steuerdeckungsquote). Im Haushaltsjahr 1990 beläuft sich die Steuerdeckungsquote auf 76,6 v. H.

#### **Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen -**

Dieses Kapitel enthält alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, die aus systematischen Gründen den übrigen Kapiteln des Einzelplans nicht zugeordnet werden können.

4

Die im Entwurf 1991 eingestellten Einnahmen sind mit 1.014,7 Mill. DM um rd. 20,1 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr niedriger veranschlagt. Dieser Rückgang ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß bei Titel 371 20 (globale Mehreinnahmen) ein Strichansatz ausgebracht wurde. Im Haushaltsplan 1990 wurden globale Mehreinnahmen in Höhe von 38,8 Mill. DM veranschlagt.

Die Einnahmen aus der Spielbankabgabe (Titel 093 10 und 093 20) sowie die Konzessionseinnahmen aus dem Nordwest-Lotto (Titel 123 30) wurden in Anpassung an die Istentwicklung der Vorjahre um insgesamt 16,5 Mill. DM erhöht.

Bei den übrigen Einnahmeansätzen des Kapitels wurden keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr vorgenommen.

Die Ausgaben des Kapitels sind gegenüber dem Haushaltsjahr 1990 mit 953,1 Mill. DM saldiert um rd. 125,1 Mill. DM höher veranschlagt worden.

Hierzu gehören u. a. die Ausgaben für große Bauunterhaltungsmaßnahmen (Titel 519 20) und kleine Baumaßnahmen (Titel 711 19), die gegenüber dem Vorjahr um 10,0 Mill. DM auf 364,2 bzw. um 3,8 Mill. DM auf 61,8 Mill. DM aufgestockt wurden. Die Erhöhung erfolgte im wesentlichen zur Deckung des Mehrbedarfs für Umweltschutzmaßnahmen (z. B. Abwasserkanalsanierung).

Die Ausgaben für Kassenkreditzinsen (Titel 571 00) wurden in Anpassung an die derzeitige Zinsentwicklung mit 95,0 Mill. DM um 20,0 Mill. DM höher veranschlagt. Die Aufnahme von Kassenkrediten ist zur Überbrückung von Liquiditätspässen erforderlich, die sich aus dem Rhythmus der Steuereinnahmen ergeben.

Für den Erwerb von ADV-Geräten für die Automationsunterstützung bei der Aufstellung des Haushaltsplans und für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sowie für Fremdprogrammierungskosten wurden 4,9 Mill. DM (+ 2,9 Mill. DM gegenüber 1990) veranschlagt. Außerdem hat das Land Nordrhein-Westfalen nach der regionalisierten Steuerschätzung vom Mai 1990 für 1991 innerhalb des Länderfinanzausgleichs Zuweisungen an andere Länder in Höhe von 34,2 Mill. DM (Titel 612 00) zu entrichten. Im Haushaltsplan 1990 wurde bei Titel 612 00 ein Strichansatz ausgebracht.

In der Titelgruppe 79 "Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland" wurde der Ansatz zur Deckung von Mehrausgaben bei den sachlichen Verwaltungsausgaben in den Einzelplänen (Titel 548 79) gegenüber dem Vorjahr um 15,0 Mill. DM auf 20,0 Mill. DM aufgestockt. Ferner wurde der Ansatz für Minderausgaben (Titel 972 10) in allen Einzelplänen um 50,0 Mill. DM auf 350,0 Mill. DM abgesenkt.

Die Ausgaben für Nachversicherungsbeiträge für Beamte und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 10 und 422 20) wurden in Anpassung an die Entwicklung der Ist-Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 13,0 Mill. DM niedriger veranschlagt.

Die übrigen Ausgabeansätze des Kapitels wurden gegenüber dem Vorjahr nicht oder nur geringfügig geändert.

#### **Kapitel 20 021 - Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz -**

Das Kapitel wurde wie auch im Vorjahr vorsorglich im Einzelplan 20 für den Fall eingerichtet, daß Strukturhilfemittel nicht auf die jeweiligen Ressorteinzelpläne aufgeteilt werden können. Bei den Einnahme- und Ausgabetiteln dieses Kapitels wurden daher lediglich Strichansätze ausgebracht.

**Kapitel 20 030 - Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund) und sonstige Leistungen -**

Für 1991 stellt das Land innerhalb des Allgemeinen Steuerverbundes wie in den Vorjahren 23 v. H. der Landesanteile an den Gemeinschaftssteuern, der Leistungen im Länderfinanzausgleich und der Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer zur Verfügung. Der Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage ist jedoch nicht mehr in die Verbundgrundlagen einbezogen.

Unter Zugrundelegung der Ergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 15./17. Mai 1990 beläuft sich der Verbundbetrag für 1991 auf insgesamt 12.013,3 Mill. DM. Bei der Ermittlung dieses Betrages wurden die Nachzahlung aus der Abrechnung des Steuerverbundes 1989 (+ 697,7 Mill. DM) und die Zuweisungen für Übergangsheime gem. Nachtragshaushalt 1990 (- 50,0 Mill. DM) berücksichtigt. Von dem Verbundbetrag sind 5,2 Mill. DM für Tantiemen abzusetzen, die das Land für die Gemeinden aufgrund gesetzlicher Vorschriften und vertraglicher Vereinbarungen zu entrichten hat.

Von dem bereinigten Verbundbetrag in Höhe von 12.008,1 Mill. DM (+ 1.317,0 Mill. DM bzw. + 12,3 v. H. gegenüber dem Vorjahr) entfallen auf die allgemeinen Finanzaufweisungen 9.920,7 Mill. DM (im Vorjahr 9.045,5 Mill. DM), auf Zweckaufweisungen 2.087,4 Mill. DM (im Vorjahr 1.645,6 Mill. DM). Zu diesen Zweckaufweisungen gehören ab 1991 auch die bisher aus dem allgemeinen Landeshaushalt finanzierten Zuweisungen für Übergangsheime und für Investitionen für Kindergärten (teilweise).

Im Kapitel 20 030 wird außerdem der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer (= 15 v. H. des von den Finanzbehörden des Landes vereinnahmten Aufkommens an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer) nachgewiesen. Für 1991 wird der Anteil auf 9.794,1 Mill. DM geschätzt (+ 1.094,1 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr).

Die Ermittlung des Verbundbetrages, die Berechnung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die auf die einzelnen Ausgabearten aufgeteilten Ausgaben ergeben sich aus Kapitel 20 030 und aus dem Finanzbericht.

#### **Kapitel 20 610 - Kapitalvermögen -**

Im Kapitel 20 610 sind die Zins- und Tilgungsbeträge aus den vom Land gewährten Krediten und anderen Einnahmen aus dem Kapitalvermögen sowie damit zusammenhängende Ausgaben veranschlagt.

Die Einnahmen des Kapitels sind gegenüber dem Haushaltsjahr 1990 saldiert um rd. 489,5 Mill. DM auf 1.023,6 Mill. DM gestiegen. Dieses Ergebnis beruht darauf, daß im Entwurf 1991 bei Titel 352 00 insgesamt 920,0 Mill. DM (+ 537,9 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr) aus der Allgemeinen Rücklage zur Verminderung der durch Kreditaufnahmen zu schließenden Deckungslücke eingestellt wurden. Demgegenüber wurden die nach den Zins- und Tilgungsplänen zu erwartenden Einnahmen gegenüber 1990 um 48,4 Mill. DM niedriger veranschlagt.

Die Gesamtausgaben des Kapitels liegen mit 46,0 Mill. DM um rd. 13,9 Mill. DM unter dem Vorjahresbetrag. Der Rückgang der Ausgaben ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Ausgaben für die Inanspruchnahme aus Bürgschaftsverträgen und Gewährleistungsverpflichtungen um 16,0 Mill. DM auf 40,0 Mill. DM gesenkt wurden.

Die übrigen Ausgabeansätze wurden gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig geändert.

#### **Kapitel 20 630 - Liegenschaftsvermögen -**

Dieses Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Liegenschaften der Allgemeinen Finanzverwaltung (landeseigene Grundstücke, die nicht an anderer Stelle zu veranschlagen sind).

Die Einnahmen, die sich insbesondere aus Vermietungen, Verpachtungen und dem Verkauf von Grundstücken ergeben, sind mit 7,7 Mill. DM um rd. 2,9 Mill. DM niedriger gegenüber dem Vorjahr veranschlagt worden. Der Rückgang der Einnahmen beruht darauf, daß aus Anlaß der Neubildung der Landesregierung die mit Wohnungen bebauten Liegenschaften des Landes zum 01.07.1990 aus dem Geschäftsbereich des Finanzministeriums in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bauen und Wohnen übergegangen sind.

Die Ausgaben des Kapitels sind gegenüber dem Haushaltsjahr 1990 um 28,6 Mill. DM auf 91,2 Mill. DM gestiegen. Diese Steigerung ist zum einen auf die Erhöhung des Ansatzes für den Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken (Titel 821 00) um 20,0 Mill. DM auf 59,0 Mill. DM zurückzuführen. Diese Ausgaben sind im wesentlichen für den Erwerb bebauter Grundstücke zur Deckung des dringend notwendigen Raumbedarfs der Landesverwaltungen bestimmt, der vor allem durch die Neubildung der Landesregierung stark gestiegen ist.

Zum anderen wurden die Ausgaben für den Umbau und die Errichtung von Behördenhäusern mit 30,5 Mill. DM um 9,2 Mill. DM höher gegenüber dem Vorjahr veranschlagt. Mit 7,9 Mill. DM entfällt der größte Teil der Mehrausgaben auf die Baumaßnahme "Tiefgaragenanteil der Ministerien im Landtagsneubau" (Titel 782 00). Nach der berichtigten Kostenberechnung sind die Gesamtkosten von 18,1 auf 26,0 Mill. DM gestiegen. Die übrigen Ausgabeansätze wurden gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig geändert.

Die Baumaßnahme "Umbau des Ständehauses sowie der Gebäude Kronprinzenstraße 2 und Reichsstraße 43 und 45 Düsseldorf" - bisher Titel 783 00 - wurde aus organisatorischen Gründen entsprechend den Gebäudegruppen in vier Baumaßnahmen mit den Titelnummern 783 10 bis 783 40 aufgeteilt.

#### **Kapitel 20 650 - Schuldenverwaltung -**

Die Einnahmen dieses Kapitels werden im wesentlichen vom Kreditbedarf des Haushaltsplanungsjahres bestimmt, die Ausgaben von den in den Vorjahren aufgenommenen Krediten.

Bei einer Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt von 4.911,3 Mill. DM betragen die Einnahmen vom Kreditmarkt (einschließlich der Einnahmen zur Deckung veranschlagter Tilgungsausgaben) 4.987,0 Mill. DM (Titel 325 00). Im Rahmen der Nettoveranschlagung der Kredite werden die Tilgungsausgaben für Kredite am Kapitalmarkt nicht berücksichtigt. Aufgrund der Ermächtigung in § 3 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz 1991 wachsen diese Tilgungsausgaben vielmehr den veranschlagten Kreditmarktmitteln zu. Für überjährige Kredite fallen Tilgungsausgaben in Höhe von 7.031,0 Mill. DM an.

Die Ausgaben des Kapitels belaufen sich für das Haushaltsjahr 1991 auf 7.464,2 Mill. DM (+ 372,8 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr). Davon entfallen auf Zinsen für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Kredite 7.100,1 Mill. DM - Titel 575 10 - (+ 403,0 Mill. DM gegenüber 1990). Die Ausgaben für Bonifikation, Disagio und Diskont bei Wertpapieren und Schuldscheindarlehen usw. (Titel 575 20) wurden in Anpassung an die Istentwicklung mit 60,0 Mill. DM um 30,0 Mill. DM niedriger gegenüber dem Vorjahr veranschlagt.

Der Schuldendienst für Neuschulden für den Wohnungsbau ist gegenüber dem Vorjahr mit 172,7 Mill. DM unverändert.

#### **Kapitel 20 710, 20 730, 20 750 und 20 760 - Versorgung -**

In den o. a. Kapiteln werden die Versorgungsbezüge aller Landesbediensteten und ihrer Hinterbliebenen - mit Ausnahme der Bezüge der emeritierten Professoren, die im Einzelplan 06 veranschlagt sind - etatisiert.

Die Gesamtausgaben für Versorgungsbezüge, Beihilfen, Fürsorgeleistungen und anteilige Erstattungen an andere Dienstherren sind mit 4.508,3 Mill. DM veranschlagt. Die Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 220,8 Mill. DM beruhen auf den Auswirkungen der Besoldungs- und Versorgungsanpassung sowie auf der Zunahme der Versorgungsfallzahlen.

Die Einnahmen - anteilige Erstattungen des Bundes und anderer Dienstherren - wurden mit 246,3 Mill. DM veranschlagt (im Vorjahr 258,5 Mill. DM). Der Rückgang der Einnahmen ist im wesentlichen auf die Abnahme der Zahl der Erstattungsfälle zurückzuführen.

*Willy Hahn*